

Sonderwort von Olaf Thomas Opelt 07.10.2020

Hallo Menschen,

heute jährt sich zum 71. Mal die Gründung der staatsrechtlichen Verwaltung mit Namen „Deutsche Demokratische Republik“.

Ebenso wie die genau einen Monat vorher am 7.09.1949 in Kraft getretene staatsrechtliche Verwaltung mit Namen „Bundesrepublik Deutschland“, gründete auch die DDR auf Besatzungsrecht, insbesondere der HLKO und hier wiederum grundhaft auf den Artikel 43:

„Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“

Zwingende Hinderungsgründe war das durch die Hitlerfaschisten verfälschte deutsche Recht und Gesetz, das teilweise schlagartig und teilweise schleichend aus dem eigentlichen deutschen Recht und Gesetz wieder entfernt wurde. So trat u. a. das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahre 1913 wieder in Kraft, das durch die Hitlerfaschisten aufgrund der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich außer Kraft gesetzt war und die derzeitigen BriD Gewaltigen sich hochmütig aufschwingen, die völkerrechtlich nach wie vor Reichs- und Staatsangehörigen, die sich ihre Staatsangehörigkeit nicht nehmen lassen, als Reichsbürger zu verunglimpfen. Das müssen diese weil sie ebenso wie die Hitlerfaschisten das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz 9 Jahre nach der vermaledeiten Wende, also [1999](#), in ein sog. deutsches Staatsangehörigkeitsgesetz [ohne verfassungsgemäße Grundlage](#) und noch dazu ohne Geltungsbereich, also mit einer willkürlichen Regel ersetzt haben. Gerade diese willkürliche Regel ermöglichte den BriD Gewaltigen im Gutdünken jeden, den sie wollten zu Deutschen zu machen. Das half damals dem Schröder erneut Bundeskanzler zu werden bis zur Vertrauensfrage und dann dem Merkela den Satz „[Wir schaffen das](#)“ zu prägen.

Die Staatsangehörigkeit eines Volkes in einer Demokratie/Volksherrschaft einzig und allein der Entscheidung des Volkes vorbehalten. Daran erkennt man, dass in der westlichen Welt Demokratie nicht Volksherrschaft bedeutet, sondern Volksbeherrschung.

Zurück zur DDR und deren Verfassung vom 07.10.1949, in deren Artikel 1 Abs. 4 klar folgend steht: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“ Wie gerade aufgezeigt, galt das bis 1999 auch in der Neu-BriD.

Kurz zur Erklärung. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz stammt von 1913, also aus dem Kaiserreich auf Grundlage der Verfassung von 1871. Diese Verfassung trat jedoch durch den Thronverzicht von KW II. und den anderen deutschen Fürsten am 28.11.1918 außer Kraft. Wie kann das RuStAG dann weiter gelten? Hier einen Sprung zum Staatsrechtler Dr. jur. Giese, der darüber in seinem Bonner Kommentar 1949 folgend ausführt: „Die Frage, ob das Inkrafttreten einer Verfassung vor dem Inslebentreten des Staates möglich sei, ist zu verneinen. Positives Recht eines Staates kann vielleicht diesen Staat überleben, nicht aber seiner Entstehung vorausgehen.“

Das RuStAG war positives Recht des Staates Deutsches Reich, hat also den Niedergang der Verfassung des Kaiserreichs überstanden und gilt völkerrechtlich bis dato rechtlich weiter; nicht

umso mehr da die Weimarer Verfassung nicht vom Volk (Art.1) in Kraft gesetzt wurde, was ebenso das Grundgesetz für die BRD 1949 und zum wiederholten Mal 1990 betrifft.

Aber auch die Verfassung der DDR ist vom deutschen Volk nicht in Kraft gesetzt worden. Hier kommt dieser Verfassung aber ein besonderer Stand zu.

Die drei Alliierten SU, GB und USA waren sich bereits zu ihrer Verhandlung in Teheran (1943) grundhaft einig, wie nach der bedingungslosen Kapitulation, die am 8./9.Mai 1945

erfolgte, zu handeln war. Daraus stammen die Besatzungsfamiliengene, die man bei den zwei Schwestern GG und DDR Verfassung in den Artikeln 139 GG und Art. 144 DDR Verf. zwecks Fortgeltung des Besatzungsrechts und der Geltung des Völkerrechts in den Art. 25 GG und Art. 5 DDR Verf. erkennen kann.

Weiter verfestigt wurde diese Einigkeit zu ihrer Konferenz in Jalta (Jan./Febr. 1945), wo auch Osteuropa dem Herrschaftsbereich der SU unterstellt wurde. In weiteren Verhandlungen wurde die Klärung der Gebiete Westrusslands, die durch die Pilsudski Polen Anfang der 1920er Jahre erobert wurden, und diese Stalin bereits im Jahr 1939 bis an die Curzon-Linie zurückeroberte, geklärt. Um Polen eine gewisse Gebietsgröße zu garantieren, wurden weitere ostdeutsche Gebiete des Deutschen Reichs Polen zugeschlagen. Dadurch auch die Hälfte der Insel Usedom. Das deswegen, weil Swinemünde somit der einzige Tiefwasserhafen Polens wurde. Diese neue Westgrenze Polens wurde in der Dreimächteerklärung von 1945 (Potsdamer Abkommen) bis zur einer abschließenden Friedensregelung für beständig erklärt.

Eine abschließende Friedensregelung gibt es bis dato nicht. Denn der 2+4 Vertrag (Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland) ist erstens [kein Friedensvertrag](#) und konnte zweitens samt dem Einigungsvertrag wegen [unheilbarer Widersprüche](#) nicht in Kraft treten.

Die DDR ist als staatsrechtliche Verwaltung eines Teilgebietes des deutschen Staates dem Deutschen reich nach wie vor beständig und es ergeht ihr genau wie dem Staat selbst, sie ist mangels Organisation handlungsunfähig. Beim deutschen Staat grundiert die mangelnde Organisation auf einer fehlenden Verfassung. Die DDR hat diese aber nach wie vor in der Form vom 07.10.1949. Ihr fehlen aber aus dieser die bestimmten Verfassungsorgane, also die Legislative (Volksvertretung), Judikative (Gerichtsbarkeit) und Exekutive (Polizei/Staatsanwaltschaft). Diese Organe sind bekannterweise durch die feindliche Übernahme von 1990 von denen der BriD übernommen worden.

Und jetzt kommt es zu einem ganz großen, kaum verständlichen Problem, das zum einen die BriD zwar de fakto weiter besteht, rechtlich aber dafür keine Grundlage hat; und es bei der DDR gerade umgekehrt ist, dass diese rechtlich weiter besteht, aber de fakto nicht, was in der Ausarbeitung [„Tag1“](#) ausführlicher erklärt ist.

Mitnichten möchte ich hier die DDR schönreden, denn auch in dieser haben vor allem in der Zwischenebene der Verwaltungen die Führer dafür gesorgt, dass sie ihre Posten gesichert und verbessert haben und somit das eigentlich Gewollte, was die vielen ehrlich und aufrichtigen Menschen angestrebt haben, nicht erreicht werden konnte.

Das lag vor allem daran, dass die Gesellschaftsordnung kein Sozialismus war, sondern stalinistisch geprägter Kommunismus, der nach Stalin über das greise ZK der KPdSU auf das greise ZK der SED weiter ausstrahlte und dieses letztendlich von einem mit minderen Verstand ausgestattetem Honecker weiter vertieft wurde. Das führte dazu, dass es zu ähnlichen Umständen wie derzeit in Weißrussland kam, also die Menschen nicht wirklich in das politische Leben einbezogen wurden, wie es in einer Volksherrschaft eigentlich zu sein hat, sondern mit Beschlüssen und Anordnungen dazu gebracht werden sollten der sog. Diktatur der Arbeiter und Bauern zu folgen. Obwohl auch die Arbeiter und Bauern selbst der Diktatur zu folgen hatten und Wahlen und Abstimmungen ebenso wie in der BriD nur Alibiveranstaltungen waren.

Ich selbst, der bereits mit 17 als Kandidat in die SED geholt wurde, in der ich meine Meinung für das Volk ausdrücken wollte, mich deswegen sogar für 3 Jahre NVA verpflichtet habe (ein klein wenig Eigensinn wegen eines Studienplatzes war auch dabei) wurde aber gerade über die Jahre der NVA-Angehörigkeit und dem späteren beruflichen Leben eines Besseren belehrt. Ich habe deutlich erleben dürfen, dass es viele ehrlich und aufrichtige Menschen gab, die es auch heute noch gibt, das Richtige wollten aber durch machtgierige Kader der DDR-Verwaltung nicht zum Zuge kamen, weil es Veränderungen in der Politik für Verbesserung gebraucht hätte.

Dieses starre Verhalten der Politik mit dem schönen goldenen Glanze der Demokartie/Volksbeherrschung des Westens hat die Bevölkerung in der Mehrheit dazu gebracht, die sog. friedliche Revolution zu beginnen.

Jetzt zum Begriff Revolution, der auf deutsch Rückentwicklung bedeutet. Also die Rückentwicklung einer vermeintlichen sozialistischen Gesellschaft, die aber kommunistisch geprägt war, in eine kapitalistische Gesellschaft. Aus einer Gesellschaft, in der die Menschen an einer sozialen Marktwirtschaft gearbeitet haben, damit aber nicht zum Zuge kamen, in die freie Marktwirtschaft des Stärkeren mit eben den Auswirkungen, die 1990 auf die DDR-Bevölkerung einstürzten, letztendlich den Tod des Treuhandchefs Rohwedder forderten, der die volkseigenen Betriebe nicht einfach den Spekulanten zum Fraße vorwerfen wollte, sondern größtenteils in Werkgenossenschaften wandeln. Das aber konnte alles verhindert werden, weil den Menschen ähnlich wie in Frankreich zur Revolution ersetzend für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, der Schlachtruf „Wir sind das Volk“ gegeben wurde. Und wahrlich war das Volk 1989 und 1990 auf der Straße. Es waren neben Arbeiter und Bauern die Intellektuellen und die noch privat Wirtschaftenden auf der Straße und sogar Führungskader, die den Kommunismus eigentlich nicht wollten.

Letztendlich gab es, nachdem am 7.10.1989 in Plauen die erste große Demonstration gab, der dann am 09.10. in Leipzig eine riesengroße folgte, dort schon die ersten [Reichskriegsflaggen](#) auftauchten und Rufe zur Reisefreiheit. Das aber war nicht das eigentliche Ansinnen der Führenden, die für eine Besserung in der DDR-Gesellschaft eingetreten waren.

Den Ausschlag für den Verlust einer kommenden Besserung gab dann der Schlachtruf zur D-Mark, der jede Vernunft, der ihm entgegengesetzt wurde, niedergerungen hat.

Und was ist mit Jenen, die das Neue Forum und das Bündnis 90 aufgebaut haben? Diese hat man über die [Runden Tische](#) in das Abseits rutschen lassen.

Nochmals nein, so wie es war mit der DDR konnte es nicht bleiben und mir, der schon ein Jahr vor der vermaledeiten Wende, also 1988 aus der SED ausgetreten war, war klar, dass ich vom Regen in die Traufe kommen würde. Dass es aber so schlimm werden würde, war in meinen schlimmsten Alpträumen nicht erkennbar geworden. Ich hatte zumindest den Aberglauben, dass Richter nach ihrem Eid ([§ 38 DRiG](#)) der Wahrheit verpflichtet wären. Aber weit gefehlt. Alle Richter mit denen ich bisher zu tun hatte, haben dieser die kalte Schulter gezeigt und ähnlich wie den Kommunistischen Kadern der DDR ihre Posten zu behalten oder gar bessere annehmen zu können. Jene Richter aber, die dieses böse Spiel nicht mittun, kommen in ihren Positionen nicht weiter oder verlieren gleich ganz und gar ihre berufliche Grundlage, weil es in der Neu-BriD genau wie in der Alt-BriD und der DDR Vorgesetzte gibt, die jenen das Leben schwermachen.

Jetzt einmal weg von mir und zu einer Meinung eines anderen ehemaligen DDR-Bürgers:

„Sarkasmus und Bilanz: 36 unverzichtbare Jahre

Ja, ich gebe es zu: Ich bin ein Opfer der stalinistischen Diktatur! Wie ich es 36 Jahre lang ausgehalten habe, weiß ich heute auch nicht mehr. Es gibt nur eine Erklärung: Man hat mich erfolgreich korrumpiert! Hinterher ist man eben immer schlauer. Aber alles der Reihe nach.

Es hatte so harmlos angefangen! Nur neun Jahre nach dem Ende des bis dahin verbrecherischsten Krieges in der Geschichte

Zum weiteren Lesen dieser ironischen Meinung bitte zu [Schattenblick](#).

Und um noch eine Meinung von dieser Seite zu lesen, die folgend anfängt:

„DDR-Staatssicherheit war keine Ressortangelegenheit nur eines Ministeriums

Die Sicherheitspolitik habe ich in 40 Jahren DDR keinesfalls nur als Ressortangelegenheit des Ministeriums für Staatssicherheit erlebt, wie es heute oft den Anschein hat und wie es gerne viele hätten.....“

Und auch hier bitte bei [Schattenblick](#) weiter lesen.

Eine ähnliche aktuelle Meinung kann man bei einem Gespräch zwischen [„RT deutsch“](#) und [Frau Katrin McClean](#), die einst dem Neuen Forum angehörte hören.

Es gibt aber auch unzählige Bücher, so z. B. von Herrn Hans Fricke, der unmittelbar in die Führungsebenen der DDR eingereiht war und sich mit diesem Thema wahrheitlich auseinandersetzte. Ich habe diese wahrheitliche Meinung in seinem Buch „Eine feine Gesellschaft“ [1] lesen dürfen.

Aber auch besonders bekannte Schriftsteller wie Günter Grass in seinem Buch „Ein weites Feld“ haben darüber geschrieben.

Meine Schlussfolgerung aus all diesem ist, dass der Mensch nur selbstbewusst eigenverantwortlich denkend und mit entsprechendem Wissen behaftet zu einer wahrheitlichen Erkenntnis kommt. Die Erkenntnis, dass der einzelne Mensch in der Gesamtheit des Volkes missbraucht wird, um der herrschenden Clique die eigene Glückseligkeit auf dem Leid der anderen aufbauen zu lassen. Und nur mit dieser Erkenntnis, die mit Vernunft gerahmt werden muss, wird es den Menschen klar werden, dass dieser Zustand auf einem [zivilen Weg](#) beendet werden muss.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)

[1] ISBN 978-3-89819-341-2

Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung,

Verlagsgesellschaft für Sachsen/Berlin mbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz